

Monatsspiegel



Juli/August 2007



SPD

Erlangen

Auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm

Von Philipp Dees

Ende Oktober 2007 soll der SPD-Bundesparteitag in Hamburg das neue Grundsatzprogramm der SPD beschließen. Damit geht ein langer, wechselvoller Prozess zu Ende. Begonnen hat die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm 1999, im Nachgang zum Schröder-Blair-Papier. Nur ein gutes Jahr nach der Überarbeitung des Berliner Programms 1998 setzte der Bundesparteitag eine Grundsatzprogramm-Kommission ein. Die Debatte fand dann jahrelang fast unbemerkt von Partei und Öffentlichkeit statt und schlief zusehends ein. Erst 2004, nach dem Wechsel im Parteivorstand zu Franz Müntefering (der auch den Vorsitz der Programmkommission von Rudolf Scharping übernahm) wurde die Debatte wieder belebt. Am 22. Mai 2005 wurde der erste Programmentwurf fertig gestellt, der allerdings wegen der Neuwahlentscheidung am gleichen Tag nie veröffentlicht wurde.

Nach der Bundestagswahl wurde die Debatte neu begonnen. Der damalige

Parteivorsitzende Matthias Platzeck legte im Frühjahr 2006 in einigen Zeitungsartikeln seine Thesen zum neuen Grundsatzprogramm dar. Im April 2006, nach dem Rücktritt Platzecks, wurden dann von Kurt Beck die Leitsätze für ein neues Grundsatzprogramm vorgestellt. Ihm folgte im Herbst 2006 eine „kommentierte Gliederung“, Anfang Januar 2007 dann der „Bremer Entwurf“ für das neue Programm. Dieser bildet nun die Grundlage der Debatte.

In den vom Parteivorstand organisierten Diskussionen (z.B. der Programmkonferenz im März in Nürnberg) wie auch auf vielen anderen Veranstaltungen zum Grundsatzprogramm ist der Bremer Entwurf stark kritisiert worden. Der Hauptvorwurf: Der Bremer Entwurf sei zu wenig prägnant und entspreche nicht den Vorstellungen von sozialdemokratischer Politik. Auch die Ergebnisse der Umfrage des Parteivorstands zu den zentralen Thesen des Bremer Entwurfs zeigen deutlich auf, dass noch an vielen Stellen verbes-

sert, an einigen sogar grundlegend neu formuliert werden muss. Der Parteivorstand hat darauf mittlerweile reagiert und eine Überarbeitung des Bremer Entwurfs bis September angekündigt.

Liest man sich den Bremer Entwurf durch, dann fallen in der Tat viele Punkte auf, die dringend verbessert werden müssen. Der größte Makel ist, dass der Bremer Entwurf kein Bild für eine Gesellschaft sozialdemokratischer Prägung mehr entwirft.

Das Berliner Programm hat im Abschnitt 1 auf einer Seite die zentralen Forderungen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zusammengefasst: „Wir Sozialdemokraten, Frauen und Männer, kämpfen für eine friedliche Welt und eine lebensfähige Natur, für eine menschenwürdige, soziale gerechte Gesellschaft“, heißt es dort. „Wir wollen Bewahrenswertes erhalten, lebensbedrohende Risiken abwenden und Mut machen, Fortschritt zu erstreiten.“

Fortsetzung auf Seite 3

Termine

02.07.	20:00	Veranstaltung Jugend - Kultur - Bildung	Volkshochschule	S. 13
03.07.	20:00	Distrikt Dechsendorf	Gasthof Rangau	S. 15
05.07.	18:00	Wahlkampf-Workshop	Turnerbund	
05.07.	20:00	Kreisvorstand	Turnerbund	
06.07.	17:00	Verleihung Bürgermedaille an Ruhi Teksifer		S. 7
07.07.	14:00	Helferfest	Parkplatz August-Bebel-Haus	S. 6
08.07.	10:30	AsF/Jusos: Frauenbrunch	Frauzentrum	S. 20
10.07.	18:00	Erlanger Mitte	Waldschänke	S. 6
10.07.	20:00	Distrikt Innenstadt	Orpheus	S. 16
10.07.	20:00	Distrikt Tennenlohe	Sportgaststätte „Zur Wied“	S. 19
10.07.	20:00	Jusos	August-Bebel-Haus	
11.07.	20:00	Verleihung Ehrenbrief an Zafer Titz	Lesesaal der Stadtbücherei	S. 8
12.07.	20:00	Kreisvorstand	Turnerbund	
13.07.	19:00	AsF-Sommerfest	Petra-Maria Schreiber-Dach	S. 20
15.07.	16:00	Gedenken an Karl-Heinz Hiersemann	Neustädter Friedhof	
17.07.	20:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 16
17.07.	20:00	Distrikt Frauenaaurach	AWO	S. 16
17.07.	20:00	Distrikt Ost	Waldschänke	S. 18
18.07.	20:00	Distrikt Anger	Angerwirt	S. 15
18.07.	20:00	Distrikt Süd	Röthelheim-Biergarten	S. 18
18.07.	20:00	Distrikt West	Zur Einkehr	S. 19
19.07.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 4
20.07.	20:00	Linkes Forum	Orpheus	S. 9
21.07.	10:00	Aufstellung der Stadtratsliste	Jahnhalle	S. 5
24.07.	20:00	Jusos	August-Bebel-Haus	
29.07.	13:00	SPD-Sommerfest	Wiese am Martin-Luther-King-Weg	S. 11
11.08.	18:00	Distrikt Frauenaaurach, Sommerfest	Gisela Niclas	

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt:

Vorsitzender: Robert Thaler
 Friedrich-List-Straße 5
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Ansprechpartnerin: Karin Franke, Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage: 700 Stück

Dem Bremer Entwurf fehlt eine solche Vision. Wo das Berliner Programm klar Stellung bezog, beschränkt sich der neue Text auf Allgemeinplätze. Um dennoch eine Abgrenzung zu den anderen Parteien vorzunehmen, werden Angriffe gegen „die anderen“ gefahren: Die „Konservativen“, die „Marktradikalen“ und die „Populisten“ verhinderten, „dass die Menschen ihre Potentiale bestmöglich ausschöpfen können.“

Der Bremer Entwurf versucht die Sozialdemokratie also nicht mehr eigenständig zu definieren, sondern in Abgrenzung von den anderen „politischen Strömungen“. Damit verliert die SPD aber an Zugkraft: Menschen zu gewinnen setzt voraus, sie für die eigenen politischen Ziele zu begeistern. Es reicht nicht aus, zu sagen, wofür die SPD nicht steht. Die Menschen wollen wissen, was die SPD will. Das neue Grundsatzprogramm braucht eine klare Stellungnahme dazu, welche Gesellschaft die Sozialdemokratie anstrebt.

Diese andere Gesellschaft verbindet sich für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bisher mit dem „Demokratischen Sozialismus“. Er steht für eine Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, die sich am Interesse der breiten Mehrheit der Menschen orientiert. Grundlage ist eine umfassende Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft. Dabei hat sich die SPD immer klar vom Sozialismus sowjetischer Prägung abgegrenzt: Im Verständnis der SPD heißt Sozialismus nicht Herrschaft einer Elite, die sich anmaßt, im Interesse aller zu handeln. Eine Gesellschaft ohne Beteiligung aller an den Entscheidungen ist für die SPD nicht denkbar.

Den Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ gibt der Bremer Entwurf auf. Er wird ersetzt durch die „Soziale Demokratie“. Damit öffnet die SPD eine weitere Flanke nach links: Die Idee des „Demokratischen Sozialismus“ schreibt sich mittlerweile die Linkspartei auf die Fahnen. Gerade deswegen wäre es nötig, dass die SPD den Begriff weiter für sich reklamiert und ihre Definition offensiv nach außen vertritt. Die SPD braucht weiter eine Vision einer anderen Gesellschaft. Es bleibt richtig, dass „Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen“, dass „eine andere Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“ nötig ist (Berliner Programm).

Viele SPD-Gliederungen, darunter auch die MittelfrankenSPD, fordern, am „demokratischen Sozialismus“ als Ziel der Sozialdemokratie festzuhalten. Außerdem soll auch das Kapitel zu den Grundwerten der SPD aus dem Berliner Programm

übernommen werden. Im Bremer Entwurf wird versucht, diese Grundwerte neu auszuformulieren. Eine Begründung dafür ist aber bisher nicht gegeben worden. Man kann zwar zu Recht feststellen, dass das Ende des Ost-West-Konflikts und eine sich zuspitzende Internationalisierung der Wirtschaft Veränderungen an der Analyse und an den konkreten Forderungen der SPD notwendig machen. Warum sich aber die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verändert haben sollen, ist nicht nachzuvollziehen. Der Bremer Entwurf relativiert die Grundwerte an vielen Stellen. Und er macht auch sie fast ununterscheidbar von den Vorstellungen anderer Parteien. Konsequenz ist dann, dass nicht mehr von den Grundwerten der Sozialdemokratie die Rede ist, sondern von den „Grundorientierungen der politischen Moderne“.

Im Forderungsteil ist der Bremer Entwurf geprägt von dem Bemühen, eine in den Augen seiner VerfasserInnen zeitgemäße, „realistische“ Sozialdemokratie zu definieren. Dies zeigt sich durch die häufige Verwendung von Adjektiven wie „modern“ oder „neu“.

Nicht immer sind diese Adjektive aber nur überflüssige Füllwörter. In einigen Punkten stehen sie auch für eine Veränderung der Positionen der SPD. Statt dem klassischen Begriff der „Wirtschaftsdemokratie“ wird nun „wirtschaftliche Demokratie“ verwendet. Diese begriffliche Veränderung ist Fingerzeig für eine umfassende inhaltliche: Vertritt das Berliner Programm noch den Vorrang gesellschaftlicher Interessen vor denen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung, meint „wirtschaftliche Demokratie“ im Bremer Entwurf nur mehr Mitbestimmung. Diese ist zweifellos eine wichtige Errungenschaft, die es zu verteidigen gilt. Die SPD wollte aber immer mehr: Eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft.

Eine deutliche Veränderung findet sich auch im Bereich des Sozialstaates. Dieser soll künftig „vorsorgend“ sein. Dabei ist die Idee, dass der Sozialstaat zunächst präventiv eingreifen soll, für SozialdemokratInnen keineswegs neu. Das Berliner Programm hat dazu formuliert: „Sozialpolitik, die sich darauf beschränkt, eingetretene Schäden zu beheben, ist inhuman und überdies finanziell rasch überfordert. Der wirksamste Schutz geschieht durch Vorbeugung. Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten.“

Dass nun vom „vorsorgenden Sozialstaat“ die Rede ist erweckt den Eindruck,

dass das bisherige umfassende Sozialstaatsverständnis aufgegeben werden soll. Prävention reicht aber im Verständnis von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht aus: Wenn Menschen krank werden, Unfälle erleiden, behindert sind oder auch arbeitslos werden, muss der Sozialstaat ihnen zur Seite stehen. Dies bedeutet auch (aber nicht nur) finanzielle Unterstützung.

„Vorsorgender“ und „nachsorgender“ Sozialstaat sind also zwei Aspekte, die für SozialdemokratInnen untrennbar zusammengehören. Dabei gilt der Satz des Berliner Programms: „Die tragenden Säulen des Sozialstaats sind staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und die rechtlich gesicherte Stellung der Arbeitnehmer. Es berührt Menschen in ihrer Würde, ob sie Sozialleistungen aufgrund von Rechtsansprüchen oder als wohlthätige Zuwendungen erhalten, ob sie im Arbeitsverhältnis der Willkür des Arbeitgebers unterworfen sind oder, genau wie die Unternehmer, gesetzliche Rechte und Pflichten wahrnehmen. Wer soziale Hilfe in Anspruch nimmt, darf nicht diskriminiert werden.“

Auch weitere Bereiche im Bremer Entwurf müssen noch dringend verändert werden. So reduziert das kurze Kapitel zur Gleichstellung die Frauenpolitik weitgehend auf die Familienpolitik. Die Diskriminierung von Frauen findet aber nicht nur durch die einseitige Verteilung der Reproduktionsarbeit statt. Die Benachteiligung ist vielfältig und in den Strukturen der Gesellschaft angelegt. Deswegen ist nach wie vor der Satz des Berliner Programms gültig: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

Dem Bremer Entwurf fehlt auch ein eigenständiges Kapitel zur Entwicklungspolitik. Der Nord-Süd-Gegensatz findet im Bremer Entwurf fast ausschließlich in den Bereichen zur Sicherheitspolitik Erwähnung. Weit hinter den Zielen des Berliner Programms bleiben aber auch die Passagen zur internationalen Politik und insbesondere zur Friedenspolitik, zur Wirtschafts- und Verteilungspolitik und zur Ökologie zurück.

In der Gesamtschau bleibt festzuhalten: Der Bremer Entwurf muss grundlegend neu gefasst werden. Dafür bietet es sich an, sich am Berliner Programm zu orientieren. Viele der dort genannten Forderungen sind nicht überholt, sondern hochaktuell. Es gilt, auch im neuen Programm klar Stellung zu beziehen.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten

Kreismitgliederversammlung

**am Donnerstag, den 19. Juli 2007, 20.00 Uhr,
Blaue Traube im Turnerbund, Spardorfer Str. 79**

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles
2. Der Bremer Entwurf zum Grundsatzprogramm: Zentrale Aussagen und aktueller Stand der Diskussion
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Kreisvorstandssitzungen

- Donnerstag, 05. Juli, 20.00 Uhr, Turnerbund, Spardorfer Straße
- Donnerstag, 12. Juli, 20.00 Uhr, Turnerbund, Spardorfer Straße

Aufstellung der Stadtratsliste

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zur

Nominierung und Wahl der SPD-Stadtratsliste für die Kommunalwahl 2008

**Samstag, den 21. Juli 2007, 10.00 Uhr,
Jahnturnhalle des TV 48 Erlangen, Jahnstraße**

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Begrüßung
2. Wahl der Sitzungsleitung
3. Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
4. Nominierung und Wahl der SPD-Stadtratskandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl 2008 (Aufstellung des Wahlvorschlages der SPD Erlangen)
5. Schlusswort

Für die Wahl ist stimmberechtigt wer am Tag der Aufstellungsversammlung

- 18 Jahre alt ist,
- EU-Staatsbürger ist,
- SPD-Mitglied ist,
- seinen Hauptwohnsitz seit drei Monaten in Erlangen hat.

Bitte bringt für den Zweifelsfall Euren Personalausweis oder Reisepass mit.

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 19.07.2007

AntragstellerIn: Arbeitsgemeinschaft 60plus

AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion, Bundesministerium für Gesundheit

Antrag zur Reform der Pflegeversicherung

Nach Inkrafttreten vor 12 Jahren soll die Pflegeversicherung in diesem Jahr reformiert werden. Der Koalitionskompromiss vom 19.06.07 beinhaltet **einige wenige** Eckpunkte, die von der Arbeitsgemeinschaft 60plus mitgetragen werden können. Zugleich drücken wir unsere **starke Unzufriedenheit** darüber aus, dass wesentliche Teile der Koalitionsvereinbarung – wie die nachhaltige und **sozial gerechte Finanzierung** der Pflegeleistungen – **nicht einmal ansatzweise** gelöst wurden.

In den kommenden Jahren wird zusätzlich zu den Kostensteigerungen die **Zahl der Pflegebedürftigen überproportional steigen** und es werden Multimorbidität sowie Demenzerkrankungen zunehmen. Da die Hilfe durch Familienmitglieder (davon 80% Frauen) zurückgeht, wird die **Nachfrage nach professioneller, bezahlbarer Hilfe** in gleichem Umfang zunehmen.

In die Beratungen des Koalitionsvorschlages bringen wir deshalb folgenden

Antrag ein und fordern **weitere qualitative Verbesserungen** für Pflegebedürftige und Pflegenden:

- Bei **Prävention, Rehabilitation** sowie **ambulanter und stationärer** Pflege müssen die **Würde des Menschen** und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Mittelpunkt stehen.
- Die Vermeidung von Pflege ist durch **gezielte Prävention** und Verzahnung von **Akutversorgung und Rehabilitation** anzustreben.
- Bei den (neuen) **Pflegestufen** muss es für alle Beteiligten **verbesserte und nachvollziehbare** Richtlinien geben; in der Praxis ist die Einbeziehung von zwei Personen des Vertrauens der Pflegeperson erforderlich.
- Die **Voraussetzungen** für die **ambulante häusliche** Pflege sind zu verbessern. Neben den hauptberuflich tätigen Pflegekräften sind auch ehrenamtlich Tätige für diese Aufgabe zu gewinnen und professionell auszubilden. Alle mit der Pflege betrauten Personen sind bei ihrer Tätigkeit **psychosozial** zu unterstützen.
- Die Voraussetzung für die angestrebte verstärkte ambulante Betreuung ist über eine ausreichend vorhandene Anzahl von **qualitativ gu-**

ten und bezahlbaren Tageseinrichtungen zu schaffen.

- Stationäre Pflege muss **unabhängig vom Einkommen** in qualitativ guten Einrichtungen möglich sein.
- Bei der **beschlossenen Dynamisierung** der Pflegeleistungen müssen ab 2008 im stationären Bereich auch **die Pflegestufen I und II** einbezogen werden.

Ziel **sozialdemokratischer Politik** zur **Finanzierung** der Pflegeversicherung ist weiterhin die Einführung einer **Bürgerversicherung**, in die alle BürgerInnen **unabhängig von ihrer Tätigkeit** einzahlen und die **alle Einkunftsarten** umfasst.

Die geplante Erhöhung des Beitrags um **0,25 Prozentpunkte** ist nur dann zurechtfertigen, wenn

- nicht nur **Qualität und Quantität der Pflege** signifikant erhöht wird,
- die **paritätische Finanzierung** für die Erwerbstätigen erhalten bleibt und
- die **Rentner** zum Zeitpunkt der Beitragserhöhung eine entsprechende **Rentenerhöhung** erhalten.

Die Reform der Pflegeversicherung im sozialdemokratischen Sinn ist kurzfristig nicht vom Tisch und sobald als möglich nachzuholen. Dies ist in der Bevölkerung klar zu vertreten, damit Mißverständnisse vermieden werden und das Ziel sozialdemokratischer Reformpolitik in der Pflegeversicherung erkennbar bleibt.

Nicht jede Wahl wird auch zur Qual!

Sich einstimmen mit Spaß – Diese Wahl ist unsere Chance!

Alle die im Wahlkampf mit anpacken,
mittun, mitkämpfen und mithelfen –

Kommt zur

Helferfeier!

Am 07.07.2007, August-Bebel-Haus (Parkplatz)

Ab 14.00 Uhr

mit Bier, Bratwurst und Musik

und der Vorstellung des **Moby Dick- Preises!**



Euer Orga-Team und das Büro Schmidt

SPD-Erlanger Mitte

lädt ein zum

**Gespräch am
Dienstag, 10. Juli, um
18.00 Uhr,
im Nebenzimmer der
Waldschänke, Lange
Zeile 104**

Zum Thema: Kommunalwahl 2008

Ursula Lanig

Jochen Kraft

Die SPD Erlangen gratuliert Ruhi Teksifer zur Verleihung der Bürgermedaille der Stadt Erlangen



Unser Genosse Ruhi Teksifer erhält eine der höchsten Auszeichnungen der Stadt Erlangen, die Bürgermedaille. Die Stadt würdigt damit sein ehrenamtliches Engagement, unter anderem ist bzw. war Ruhi (ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit):

- Beauftragter für die Städtepartnerschaft mit Besiktas
- Mitglied im Stiftungsrat der Bürgerstiftung Erlangen
- Ehrenvorsitzender des AusländerInnenbeirats
- Vorsitzender des AusländerInnenbeirats (1977 - 1990)
- Mitglied des Stadtrats (1990 - 2002)

Die SPD Erlangen gratuliert Ruhi herzlich zu dieser besonderen Auszeichnung. Seine Arbeit bereichert nicht nur die Stadt, sondern auch die Erlanger SPD.

Die Verleihung erfolgt am 6. Juli, 17:00 Uhr in einer öffentlichen Festsitzung des Erlanger Stadtrates. Gäste sind herzlich willkommen.

Ruhi Teksifer während des Empfangs für eine Delegation aus Besiktas (Foto: Günter Laurer)

Rolf Schowalter wurde Sechzig

Doppelten Grund zum Feiern hatte Rolf Schowalter Anfang Juni. Zum einen konnte er auf sechzig erfolgreiche Lebensjahre zurückblicken, zum anderen hat er sich mit seiner Ehefrau Gertrud ein traumhaftes neues Eigenheim geschaffen, das wenn auch nicht völlig fertig gestellt schon zum Feiern geeignet war. Was lag näher, als mit seinen Tennenloher GenossInnen, die Juni-Distriktsitzung in den eigenen vier Wänden zu feiern.

Hans Hauer hat dies im Bild festgehalten. Wir sehen von links nach rechts Wolfgang Büttner, Ursula Schnapper, Heike Schroeder, Gertrud Reich-Schowalter, das Geburtstagskind Rolf Schowalter, Adolf Most, Christoph Schnapper, Willi Horn, und Alfred Opitz.

Über ein Jahrzehnt leitet Rolf nun schon mit Erfolg die Geschicke des Distrikts Tennenlohe. Er versteht es in hervorragender Weise die engagierten Genossinnen und Genossen zu motivieren, zu lenken und zusammenzuhalten.

Der Tennenloher Bote ist über alle Parteigrenzen hinweg bekannt. Flächendeckend verteilt ist er ein wichtiges Informationsblatt für den Stadtteil Tennenlohe der gerne gelesen wird, ja gelesen werden muss! Auch die Erlanger Nachrichten tun dies sehr gewissenhaft, und da unsere SPD

hierbei nicht zu kurz kommt, wird die damit verbundene Streitkultur sehr wohl wahrgenommen.

Zu den Distriktsitzungen werden inner- und außerparteiliche Referenten eingeladen, interessante Podiumsdiskussionen schaffen öffentliches Interesse, und mit den gelungenen Spielplatzfesten werden positive Beiträge zur Gemeinschaft geleistet.

Natürlich kommen Fiesta del arte und Tennenloher Kirchweih nicht zu kurz, und so ist es auch schon gelungen die Familienministerin Renate Schmidt nach Tennenlohe zu holen.

Mit den Landtagsabgeordneten Wolfgang Vogel und Thomas Beyer wurde ein wichtiger Impuls gesetzt, um das Walderlebniszentrum zu retten

Das Tennenloher Gansessen im Schloßla, dem Stammsitzungsort des Distrikts, hat zwischenzeitlich Kultstatus erreicht.

Dem achzigjährigen Altbürgermeister Adolf Most überreichte Rolf die gesammelten Werke des Tennenloher Gwaafs, eine mundartliche Gedichtform um kritisch zu hinterfragen.

Daneben hat er auch noch aktiv im Kreisvorstand und im GKV mitgewirkt.



Bei allen Wahlkämpfen ist sein Distrikt Vorbild, gleich ob Kommunal-, Landes- und Bezirks-, Bundes-, oder Europawahl.

Lieber Rolf, wir sagen Dir Danke für das Geleistete und wünschen Dir und Gertrud viel Freude an euerem neuen Haus, und natürlich viel Spass mit Deinen Tennenloher Genossen. Dein Robert Thaler im Namen des gesamten Kreisverbandes

Wir gratulieren zum Geburtstag:



Wir gratulieren herzlich allen, die im Juli Geburtstag feiern. Wir wünschen Euch für Euer nächste Lebensjahr alles Gute.

03.07. Günter Strobel
50 Jahre

03.07. Alfons Winter
50 Jahre

05.07. Wilhelm Schmidt
72 Jahre

09.07. Wilhelm Gehr
77 Jahre

10.07. Silke Zieten
75 Jahre

13.07. Silke Banasch-Schmidt
60 Jahre

13.07. Harry Schreyer
50 Jahre

17.07. Gerd Junghänel
79 Jahre

21.07. Edgar Mayer
81 Jahre

25.07. Uta von Stengel
65 Jahre

26.07. Giorgio Jellici
72 Jahre

Zafer Titiz erhält den Ehrenbrief der Stadt Erlangen

Liebe GenossInnen, unserem Genossen Zafer Titiz, dem langjährigen Vorsitzenden des Türkisch-Deutschen Solidaritätsvereins Erlangen (TDS) verleiht die Stadt Erlangen den kulturellen Ehrenbrief. Wir laden Euch hierzu herzlich ein:



Mittwoch, 11. Juli 2007, 20:00 Uhr, Lesesaal der Stadtbücherei Erlangen (Eingang: Marktplatz 1)

Genosse Titiz hat zusammen mit Landtagsabgeordneten der bayerischen SPD eine politische Informationsreise in die Türkei unternommen.

Er wird im Anschluss an die Verleihung seine Eindrücke von der brisanten politischen Lage kurz vor den Parlamentswahlen in der Türkei schildern. Anschließend steht er für Fragen und Diskussionsbeiträge zur Verfügung. Den Abschluss des Abends bildet ein Stehempfang.

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Kommen.

Für den TDS
i.A. Hans Wachter



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str.1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Zum Ende der Verteilungspolitik

Diskussionspapier des Linken Forums in der SPD Erlangen

„Es gibt nichts (mehr) zu verteilen. Die Zeiten der Umverteilung sind vorbei.“

Erstens: Diese Aussage entbehrt jedes ökonomischen Sachverständes – oder sie ist bewusst demagogisch, um die konkrete Verteilung und Umverteilung zu verschleiern und Lohndrückerei, Abbau von Arbeitnehmerrechten und Sozialabbau als naturgegeben notwendig zu rechtfertigen:

Was in der Volkswirtschaft erwirtschaftet wird, gemessen als Bruttoinlandsprodukt BIP (2005 2 241 Mrd Euro, 706 Mrd Euro oder real 21% mehr als 1991) wird ständig auf der Grundlage der Eigentums- und Rechtsverhältnisse entsprechend der individuellen Leistung und der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit auf die Wirtschaftsakteure neu verteilt (Primär-, "Markt"- oder Bruttoverteilung) und anschließend durch den Staat über Steuern und Sozialtransfers umverteilt (Sekundär- oder Nettoverteilung). Diese Umverteilung erfolgt zur Finanzierung der Staatsaufgaben und Sozialtransfers und sollte entsprechend dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes die Markteinkommen korrigieren, da diese nicht nur Leistungs-, sondern immer auch machtabgeleitete Einkommen sind. Letzteres Umverteilungsziel wird jedoch durch die politische Praxis in den letzten Jahren in sein Gegenteil verkehrt (s.u. Netto- vs. Bruttoverteilung).

Zweitens: Die Aussage erweist sich als faktisch falsch, sobald man die tatsächliche Verteilung und ihre Entwicklung betrachtet:

- 1991-2004: Löhne und Gehälter brutto +31,7% (je Beschäftigten +33,9%), netto +24,8% (je Beschäftigten +27,0%); Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (EUuV) brutto +45,2%, netto +53,2%
- 1991-2005: Lohn- u. Gehaltssumme netto real: -5,7% (je Beschäftigten -3,6%), EUuV +30,3%
- 2001-2005: Volkseinkommen +159,9 Mrd Euro; davon: Unternehmens- und Vermögenseinkommen +131,3 Mrd Euro (82%), Arbeitnehmerentgelte +28,8 Mrd Euro (18%). Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sind 2005 die Bruttoarbeitnehmerentgelte sogar nominal

um 5,6 Milliarden Euro gesunken, was bedeutet, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stärker zugenommen haben (+32 Mrd) als das gesamte Volkseinkommen (+26 Mrd).

- Lohn- und Gehaltseinkommen 1994-2004: Spitzenverdiener +16% - Mittelgruppe +12% - Niedrigverdiener +2%
- Wachsender Lohnabstand zwischen Männern und Frauen (EURO-Stat): 1999 19%; 2004 23% (Durchschnitt EU25: 16% 1999 – 15% 2004)
- 1991 – 2005: Brutto-Lohnquote von 71,0 Prozent auf 67,0 Prozent, Netto-Lohnquote von 48,1 Prozent auf 40,9 Prozent gesunken. Das Absinken der Lohnquote beinhaltet sowohl das Zurückbleiben der Arbeitnehmerentgelte als auch die zunehmende Massenarbeitslosigkeit

Fazit 1:

1. Es wurde und wird kräftig umverteilt, auch innerhalb der Lohn- und Gehaltseinkommen – und zwar "von unten nach oben" und zu Lasten der Frauen
2. Die staatliche Umverteilung hat dies noch verschärft (Brutto-Netto-Vergleich)

Das Ergebnis dieser Umverteilung von unten nach oben spiegelt sich konsequenter Weise in folgenden Fakten wider:

- **Nettovermögen der privaten Haushalte:** 1970-2003 von 0,7 auf 5 Billionen Euro (+ 614%); allein 1998-2003 +17%
- **Verteilung des Gesamtvermögens:** Die 10% Vermögendsten besitzen 44,7% (1993) bzw. 46,8% (2003), die unteren 50% 4,1% (1993) bzw. 3,8% (2003)
- **Nettogeldvermögen 1991-2005:** +126,1% von 1,19 Billionen Euro (1991) auf 2,69 Billionen Euro (2005 – das sind 120% des BIP!); Zuwachs z.Zt. rd. 150 Mrd. Euro pro Jahr, davon allein durch Zinsen 62,5 Mrd Euro; die **Sachvermögen** stiegen bis 2005 auf 4.8 Billionen Euro
- **Realer Anstieg 1991-2004:** Private Vermögenseinkommen +43% - Operative Gewinne (Betriebsüber-

schuss bzw. Selbständigeneinkommen) +28% - Arbeitnehmerentgelte (incl. Arbeitgeberbeiträge) +10%

- **Sparquoten 2003:** bei Monatseinkommen von unter 900 Euro -13,0% (d.h. Nettoverschuldung!), von 1300 bis 1500 Euro 1,2%, von 2000 bis 2600 Euro 5,2%, von 3600 bis 5000 Euro 14,3% und von 5000 bis 18000 Euro 22,2%
- **Armutsquote** (d.h. Anteil der Personen in Haushalten mit weniger als 60% des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens): 1998 12,1%, 2003 13,5% (2. Armuts- und Reichtumsbericht 2003) - 2000 10%, 2005 17,5% (Eurostat 200/04).
- **Frauen-Armutsquote** 2003 16% gegenüber 10% bei den Männern; Ende 2004 waren 55% der SozialhilfeempfängerInnen weiblich

Fazit 2:

Immer weniger der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis wird in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt - mit dem Ergebnis überproportional steigender Geldvermögen einerseits, zunehmender Arbeitslosigkeit und Armut - im besonderen Maße bei Frauen - andererseits.

Die Zeiten der Umverteilung sind vorbei? Fast ist man versucht zu sagen: Schön wär's!

Linkes Forum in der Erlanger SPD

Freitag, den 20. Juli,
20 Uhr, Orpheus (Luitpoldstr. 25)

Themen:

- Grundsatzprogramm der SPD aktueller Stand und Vorbereitung der KMV am 19. Juli 2007
- Reihung der StadtratskandidatInnen am 21. Juli 2007

Mit sozialistischen Grüßen
Hildegard Gröger Florian Janik

Und weil der Mensch ein Mensch ist...

Auch ein Erlanger Juso war beim G8-Protest in Rostock dabei

Ein Bericht von Michael Zimmermann

Es ist in den Medien sehr viel geschrieben und gesendet worden in den vergangenen Wochen über den G8-Gipfel und die Gegenaktivitäten in Rostock und Heiligendamm. Je nach politischer Einstellung reichten die Interpretationen der Redaktionen von skeptischer Distanz bis hin zu Solidarität mit den Gegendemonstranten. Einig war man sich von Seiten der Massenmedien meist in der Ablehnung der Steinwerfer des sogenannten „Schwarzen Blocks“, sprich in der Einteilung der Protestierenden in Gute, weil Friedliche und Böse, weil Gewaltbereite.

Die Frage nach der Legitimität von Gewalt und Gegengewalt soll an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden – auch nicht die Frage nach Henne und Ei, was war zuerst da: Prügelnde Polizisten oder prügelnde Protestler? Fakt ist, es gab diese Auseinandersetzungen. Fakt ist aber auch: Es waren rund 80.000 Menschen allein zu der Auftaktdemonstration am 2. Juni nach Rostock gekommen, um friedlich aber ausdrücklich ein Zeichen zu setzen gegen ein Wirtschaftssystem (oder gegen die Auswüchse eines Wirtschaftsystems), das jährlich mehr als 8 Millionen Men-

densforum, Sozialforum, christliche Gruppen, Engagierte der Dritte- und Eine Welt-Läden, Leute von Attac, aus der Desi, von der der Antifa, sogar ein Juso, usw. – die Aufzählung ist nicht vollständig und sie soll es auch nicht sein, weil es gerade darum nicht geht. Wichtig ist, dass sich hier eine plurale Bewegung politischer Menschen formiert, die an entscheidender Stelle Kritik üben wollen. Das zumindest kapitalismuskritische Element ist allen gemeinsam.

Los ging's von mittelfränkischer Seite am Erlanger Großparkplatz in der Nacht zum Samstag um halb eins; Früher als gedacht waren wir bereits gegen halb neun Uhr morgens in Rostock. Die beiden Demonstrationzüge zum Stadthafen begannen am frühen Nachmittag. Am Hafen angekommen, ging das Programm mit Reden und Musik bis in die späte Nacht, wir waren ab 21 Uhr wieder auf dem Weg nach Hause.



schen verhungern lässt, die Opfer weltweiter Kriege um wirtschaftliche Macht noch gar nicht eingerechnet. Alle 3 Sekunden stirbt ein Kind an den Folgen von Armut.

Zumindest einen Reisebus Engagierter bekam man auch aus Nürnberg, Fürth und Erlangen voll für die Fahrt an die Ostsee. Ein sehr buntes Bündnis war da von Mittelfranken aus unterwegs: Frie-

der um 16 Uhr, als wir mit dem Demozug vom Rostocker Bahnhof aus den Stadthafen zur Abschlusskundgebung erreicht hatten, mussten wir nach kurzer Wartezeit einen anderen Eingang als geplant zum Platz suchen. Der eigentliche Weg war gerade durch die Auseinandersetzungen zwischen dem grünen Polizisten- und dem schwarzen Demonstrantenblock versperrt: Es flogen Steine und Knüppel, Wasserwerfer taten das Übrige.

Wie nicht anders zu erwarten, fokussierten die großen Medien genauso wie die großen Parteien ihre öffentlichen Stellungnahmen danach auf die Frage nach dem Umgang mit „den Gewalttätern“. Anstatt in dieser Weise von der eigenen Unfähigkeit, eine gerechte Welt zu schaffen, abzulenken, sollten diese Volksvertreter die weltweiten sozialen Probleme lie-

ber unabhängig von einer menschenverachtenden Standortlogik zu lösen versuchen. Um das aber tun zu können, muss man diese Probleme erst einmal außerhalb dieser Logik thematisieren! Wenn das



jedoch die Parteien (und leider auch die SPD in ihrer großen Mehrheit) nicht oder nicht mehr lautstark tun, so muss es die Bevölkerung eben direkt und selber machen. Und sie tut es auch mehr und mehr, zum Beispiel eben in Rostock und Heiligendamm! Das ist wohl das Erfreulichste, was aus den vergangenen Tagen im Juni gezogen werden kann.

Es ist völlig egal, welche Gruppen, welche Menschen welcher Parteien und Organisationen als erstes „Nein!“ sagen. Wichtig ist heute, dass sich die Menschen (und damit alle, die sich dazu zählen) nicht unterkriegen lassen und dass wir alle verstehen, dass die entscheidende Front nicht zwischen Polizist und Demonstrant, nicht zwischen Friedlichem und Gewaltbereitem und auch nicht zwischen Beck und Lafontaine verläuft. Die eigentliche Entscheidungslinie verläuft zwischen wirklicher Humanität und Profitlogik, zwischen Gemeinwohlinteresse und Eigeninteresse, und damit eben auch zwischen Arbeit und Kapital. Dass es sich für eine bessere Welt zu kämpfen lohnt, weil sie tatsächlich möglich ist, war unser Grund, unsere Überzeugung, von Nürnberg, Fürth und Erlangen aus nach Rostock zu fahren und dort Flagge zu zeigen. Das Bündnis ist breit und vielfältig, ein nächster Bus zu so einer Veranstaltung fährt bestimmt irgendwann. Die SPD sollte ihn nicht verpassen.

Gedenken zum Todestag von Karl-Heinz Hiersemann



Am 15. Juli jährt sich der Todestag unseres langjährigen Landtagsabgeordneten und Landtagsvizepräsidenten Karl-Heinz Hiersemann zum 9. Mal. Zu einem stillen Gedenken an den leidenschaftlichen Politiker treffen wir uns am Samstag, den 15. Juli um 16.00 Uhr am Grab von Karl-Heinz auf dem Neustädter Friedhof (Äußere Brucker Str. 24/26)

Sommerfest im Röthelheimpark

Liebe Genossinnen und Genossen, zum dritten Mal veranstalten wir heuer das Sommerfest der SPD im Röthelheimpark.

Dieses Jahr steht unter dem Motto „Kommunalwahl 2008“ Über Programm und Ablauf könnt Ihr Euch auf der letzten Seite informieren.

Zum Gelingen des Festes benötigen wir wie immer Eure Unterstützung und Eure Hilfe!

Auf/Abbau, Stände:

Wir benötigen noch jede Menge Genossinnen und Genossen zum Auf- und Abbau, sowie für die einzelnen Stände.

- Aufbau ab 9.⁰⁰ Uhr
- Abbau ab 18.⁰⁰ bzw. 17.⁰⁰ Uhr (je nach Wetter und Besucher)
- Stände:
 - Info-Stand
 - Bücher-Stand
 - Kaffee/Kuchen
 - Getränke-Ausschank
 - Geschirr-, Gläser-, Pfandrückgabe
 - Grill
 - Cocktail-Stand (Jusos)
 - Spülmobil
 - Kinderbetreuung am Spielmobil und an der Hüpfburg
 - Luftballon-Start

Kuchenspenden:

Wir bitten um Kuchenspenden für unseren Kaffee- und Kuchenstand. Wegen der



beschränkten Kühlmöglichkeiten solltet Ihr keine Creme- oder Sahnetorten mitbringen.

Bitte meldet bei Hans Wachter Eure Kuchenspende an. Auf Wunsch werden wir den/die Kuchen bei Euch abholen, wenn Ihr keine Transportmöglichkeit habt.

Bitte meldet Euch bei Hans Wachter, Telefon: 09131/501647, Fax: 09131/613100, Mobil: 0177/3127448, e-Mail Karin.Hans.Wachter@nefkom.net. Ihr könnt Euch auch bei Karin Franke im Parteibüro anmelden.

Auf jeden Fall kommt zum Sommerfest und bringt auch Freunde und Bekannte mit!

kostenlos

direktgiro

Das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen für Privatkunden:

- keine Grundgebühr
- kein Durchschnittsguthaben
- kein Mindesteingang
- alle Online- und SB-Terminal-Buchungen kostenlos

Jetzt Girokonto wechseln – weitere Informationen bei unseren Beratern oder unter www.sparkasse-erlangen.de.

 Sparkasse
Erlangen

Renate Schmidt zu den Sicherheitsmaßnahmen beim G8-Gipfel

Ich halte es für richtig und notwendig, dass sich die wirtschaftlich und politisch mächtigsten Führer regelmäßig treffen. Im Rahmen des Möglichen ist diesmal auch einiges dabei herausgekommen. Dies ist ein gemeinsames Verdienst von Angela Merkel, Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel, Heidemarie Wiecek-Zeul und Peer Steinbrück. Leider können sich hochrangige Politiker nur noch unter extremen Vorsichtsmaßnahmen treffen, die wegen ihrer Kosten und ihrer Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger auf nachvollziehbare Kritik stößt. Dennoch ist das nötig – leider. Nicht notwendig ist es, Demonstrationsrechte für gewaltfreie Demonstranten einzuschränken und nicht akzeptabel ist es, die Bundeswehr zur Überwachung von Demonstranten einzusetzen.

Tornados, die im Tiefflug Demonstranten-Camps überfliegen; Spähpanzer, die angeblich die Polizei unterstützen, das bewegt sich am Rande der Verfassungsmäßigkeit. Nach unserem Grundgesetz darf die Bundeswehr zu Recht nur bei Naturkatastrophen oder bei schweren Unglücksfällen eingesetzt werden.

Dies ist auch die Meinung zahlreicher namhafter Staatsrechtler. Es ist auch ein falsches Signal an die friedlichen Demonstranten, die sich plötzlich mit der Bundeswehr konfrontiert sehen. Ich möchte nicht missverstanden werden, ich hege keinerlei Sympathien für autonome Kravallmacher und ich bin auch der Meinung, dass eine Demonstration vor Randalen geschützt werden muss, aber auch nach Ansicht der Polizei ist der Einsatz der Bundeswehr hier deutlich über der Akzeptanzlinie. Normalerweise ist die Beobachtung von Demonstranten Aufgabe der Polizei, die dazu auch bestens ausgebildet und mit ihren Hubschraubern auch bestens ausgestattet ist.

Ich werde in meiner Fraktion darauf hinwirken, dass der Sachverhalt aufgeklärt wird. Eine Erklärung, dass man mit den Tornados in Heiligendamm für Afghanistan geübt hätte, halte ich für zynisch. Es kann nicht sein, dass auf diese Weise versucht werden soll, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen. Dies haben unsere Verfassungsmütter und -väter mit Blick auf unsere Geschichte zum Glück so nicht vorgesehen und so soll es auch bleiben.

„Durchbruch für Demenz- und Alzheimerpatienten“

Presseerklärung von Renate Schmidt, MdB und Schirmherrin der Alzheimer-Gesellschaft

Bei der geplanten Reform der Pflegeversicherung sieht die Schirmherrin der Deutschen Alzheimergesellschaft und ehemalige Bundesministerin für Familie und Senioren einen Durchbruch für Demenz- und Alzheimerpatienten: Künftig können Demenzkranke einen höheren Beitrag aus

Pflegepersonal zu Hause besser qualifiziert ist und auch legal beschäftigt werden kann.

Die **Erhöhung der Pflegesätze** vor allem im ambulanten Bereich von 384 Euro (Stufe I), 921 Euro (Stufe II) und 1432 Euro (Stufe III) auf 450 Euro (Stufe I), 1100

Euro (Stufe II) und 1550 Euro (Stufe III) tragen zur Verbesserung der Betreuungssituation gerade bei Alzheimer- und Demenzpatienten bei, die meist ambulant betreut werden. Hinzukommt die Erhöhung der Leistung für Menschen mit erheblich **eingeschränkter Alltagskompetenz**, die vor allem Alzheimerpatienten zugute kommt, von derzeit 460 Euro auf bis zu 2400 Euro pro Jahr, die man auch erhält, wenn man keine Pflegestufe hat.

Allen Pflegebedürftigen aber gerade auch Demenzpatienten wird zugute kommen, wenn sich Pflegeheime künftig um die **Rehabilitation** kümmern können und für Rehabilitationsmaßnahmen belohnt werden.

Der Deutschen Alzheimergesellschaft ist es besonders wichtig, dass mit der Pflegereform das generationsübergreifende bürgerschaftliche Engagement unterstützt wird und dass dadurch die Selbsthilfe einen neuen Stellenwert bekommt.

Mich freut besonders, dass jetzt endlich über Inhalte geredet und definiert wurde, was wir von einer Pflege der Zukunft. Insoweit ist diese Reform ein Durchbruch und nicht etwa nur ein kleiner erster Schritt.

Durch die Verbesserungen der ambulanten Versorgung, aber auch durch die **Einführung einer Pflegezeit** für pflegende Angehörige können Demenzkranke und deren Familien endlich in eine bessere Zukunft blicken.



der Pflegeversicherung erhalten. Es war eines der größten Probleme im System der Pflegeversicherung, dass Demenzpatienten mit ihrer Krankheit allein gelassen wurden und kaum Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten konnten.

Konkrete Verbesserung für Alzheimerpatienten und deren Angehörige bieten vor allem der geplante Ausbau der örtlichen **Pflegestützpunkte**, und das **Fallmanagement**. Damit bekommen endlich pflegende Angehörige kompetente Beratung direkt in der Nähe ihres Wohnortes. Die Unterstützung der **neuen Wohnformen** wird dazu führen, dass die Patienten nicht mehr weggesperrt werden, sondern in würdigen Bedingungen alt werden können.

Die neuen Modelle der **Einzelpflegekräfte** und die Projekte zum **Abbau der Schwarzarbeit** helfen den Angehörigen von Demenzpatienten endlich die dringend benötigte Pflege zu Hause auf legalen Weg zu bekommen. Das ist ein überfälliger und wichtiger Schritt, dass das

**Redaktionsschluss für die
Ausgabe September:
24.08.2007**

Wolfgang Vogel: BAföG rauf! – Weitere grundlegende Verbesserungen des BAföG dringend erforderlich

„Die halbherzige Initiative der CSU zum BAföG zeigt, dass es der Regierung bei der Verteilung gleicher Bildungschancen nicht wirklich ernst ist.“ So Wolfgang Vogel, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Hätte sich die SPD auf Bundesebene nicht erfolgreich durchgesetzt, wären vom BAföG nur noch Bruchstücke des erfolgreichen Förderinstrumentes übrig geblieben. Noch vor einigen Monaten hatte Annette Schavan noch eine Umstellung des BAföG auf Kreditbasis propagiert. Inzwischen werden den BAföG Empfängern monatlich Gebühren kassiert – und das vor dem Hintergrund der gerade wieder vom Deutschen Studentenwerk bestätigten „extremen sozialen Selektivität des Deutschen Bildungssystems. Immer noch entscheidet bei uns maßgeblich die soziale Herkunft über den Bildungsweg der jungen Menschen. Von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition schaffen gerade 23 den Hochschulzugang. Von Akademikerkindern sind es dagegen 83! (Quelle: 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Juni 07).“

Nur eine deutliche Ausweitung des BAföG und eine stetige Anpassung der BAföG-Sätze an die Lebenshaltungskosten können dieses Ungleichgewicht bei den Bildungschancen langfristig verändern. Die SPD-Landtagsfraktion fordert in ihrem Dringlichkeitsantrag, eine regelmäßige Erhöhung der BAföG-Sätze. Der Empfängerkreis muss so ausgeweitet werden, dass entscheiden mehr einkommensschwache Studierende eine Studienförderung bekommen. Die BAföG-Förderung muss endlich – wie aus vom Deutschen Studentenwerk längst gefordert elternunabhängig geleistet werden.

Der Dringlichkeitsantrag im Wortlaut:

Der Landtag begrüßt die im Rahmen der gegenwärtigen laufenden Novellierung geplante Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge und fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für die zügige Realisierung dieser längst überfälligen Maßnahmen einzusetzen.

Der Landtag bekennt sich darüber hinaus klar zum BAföG als zentrales Instrument, um die Schaffung von Chancengleichheit im Bildungswesen zu erreichen. Er fordert deshalb die Staatsregierung auf,

sich mit Nachdruck gegen alle Überlegungen und Planungen zu stellen, dieses Förderinstrument auf Kreditbasis umzustellen bzw. privatwirtschaftlichen Studienkredite als Alternative zum BAföG zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Haltung zum BAföG als tragende und unersetzliche Säule der Studienfinanzierung wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des BAföG einzusetzen und insbesondere dabei die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

- Das BAföG wird zukünftig regelmäßig erhöht, um damit eine Anpassung an die allgemeine Entwicklung der Lebensunterhaltskosten von Studierenden sicher zu stellen.
- Der Empfängerkreis des BAföG wird so ausgeweitet, dass eine größere Zahl von einkommensschwachen Studierenden eine Studienförderung gewährt werden kann, da das BAföG das zentrale Mittel ist, um breiten Schichten den Zugang zur Hochschule zu ermöglichen.
- Die BAföG-Förderung soll grundsätzlich elternunabhängig geleistet werden. Das gilt aktuell insbesondere für Schülerinnen und Schüler des sog. zweiten Bildungsweges, ist aber grundsätzlich für alle BAföG-Berechtigten anzustreben.
- Die Mitnahmemöglichkeit des BAföG bei Studienaufenthalten im Ausland ist zu verbessern, damit auch einkommensschwache Studierende Erfahrungen im Ausland sammeln können.
- Die Anspruchsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten sind zu verbessern, um auch dieser Gruppe eine Förderung zu ermöglichen.
- Der Bedarfssatz für Studierende mit Kind ist so zu erhöhen, dass der tatsächliche Mehrbedarf abgedeckt wird, um unnötige Studienabbrüche zu vermeiden.
- Es ist sicher zu stellen, dass nach der Umstellung der Studiengänge auf BA und MA das BAföG auch für das Masterstudium erhalten bleibt, weil es als Weiterführung des Studiums und nicht als „Zweitstudium“ zu gelten hat.

Jugend - Kultur - Bildung

Veranstaltung von Wolfgang Vogel, MdL

Der Erwerb von Schlüsselkompetenzen durch kulturelle Bildung gewinnt angesichts wachsender Herausforderungen an Bedeutung: zunehmende Jugendarbeitslosigkeit, mangelnde Familien- und Kinderfreundlichkeit, Kinderarmut, hohe Abhängigkeit der Bildungsbeteiligung vom sozialen Status des Elternhauses (PISA-Studie) bestimmen unsere gesellschaftliche Realität.

In diesem Kontext gewinnen ein erweitertes Bildungsverständnis und der Erwerb von Schlüsselkompetenzen durch kulturelle Bildung neue Bedeutung.

Welchen Beitrag kann Kultur- und Jugendarbeit in einem sich entwickelnden Gesamtsystem von Erziehung, Betreuung und Bildung leisten? Welche Rahmenbedingungen sind für eine inhaltliche, methodische, organisatorische Verzahnung von Schule und außerschulischen Angeboten der Kultur- und Jugendarbeit nötig?

Diese und weitere Fragen möchte ich gerne zur Diskussion stellen. Persönlich und namens der SPD-Landtagsfraktion darf ich ganz herzlich einladen zu einer Podiumsdiskussion am

**Montag, 2. Juli 2007,
20.00 Uhr
Volkshochschule Erlangen,
Großer Saal, Friedrichstraße 19**

Es diskutieren:

- **Peter Hufe, MdL**, Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion
- **Sabina Dhein**, Intendantin des Theaters Erlangen
- **Dr. Dieter Rossmeissl**, Referent für Kultur, Jugend und Freizeit der Stadt Erlangen
- **Ursula Lanig**, Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen.

Ich freue mich auf zahlreichen Besuch Wolfgang Vogel

Mehr Pflegequalität in Bayern - Ambulant und stationär

Anforderungen der SPD-Landtagsfraktion an ein neues Heimgesetz in Bayern

A. Ausgangslage

1. Infolge der Förderalismusreform ist die Zuständigkeit für das Heimrecht auf die Länder übergegangen. Solange die Länder nicht von ihrer neuen Gesetzgebungskompetenz Gebrauch machen, gilt das Heimgesetz des Bundes fort. Bei einem neuen Landesgesetz muss deshalb Qualität vor Schnelligkeit gelten.
2. Das Heimgesetz ist ein Schutzgesetz. Ziel des Gesetzes ist die Sicherung und Weiterentwicklung der Betreuungsqualität in den Heimen sowie die Verbesserung des Schutzes und der Rechtsstellung der Bewohnerinnen und Bewohner vor Beeinträchtigungen und die Verbesserung und Wahrung ihrer Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Es enthält auch Bestimmungen über Heimbeirat und Heimfürsprecher.
3. Im Heimgesetz ist auch der gesetzliche Auftrag der Heimaufsicht geregelt.

B. Situation in Bayern

1. In Bayern leben etwa 100.000 pflegebedürftige Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen. Zwei Drittel von ihnen sind schwer oder schwerst pflegebedürftig. Wiederum drei Viertel von ihnen sind Frauen.
2. Seit Änderung des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum SGB XI hat der Freistaat Bayern die Investitionsförderung für den Neubau und die Sanierung von Pflegeeinrichtungen eingestellt; die Kommunen sind nur noch unter Haushaltsvorbehalt im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit zur Förderung verpflichtet.
3. Bis zum Jahr 2020 wird nach den Prognosen des Ifo-Instituts der Mehrbedarf allein im stationären Sektor um ca. 34 Prozent steigen.
4. Der Mehrbedarf an Pflegeplätzen soll künftig nach den Vorstellungen der Staatsregierung weitgehend durch private Investoren gedeckt werden. Dies kann zu Versorgungsdefiziten vor allem in finanzschwachen Kommunen oder zu steigenden Pflegeentgelten führen, da die Investitionskosten auf die Bewohnerinnen und Bewohner und die Kostenträger umgelegt werden müssen.

5. Durch Gesetzesänderung sind in Bayern die Kreisverwaltungsbehörden für die Heimaufsicht zuständig. Landräte sind aber nicht selten in herausgehobenen Funktionen von Heimträgern tätig oder kommunale Gebietskörperschaften sind selbst Träger von Pflegeeinrichtungen. Dies führt zwangsläufig zu einem Interessenkonflikt.
6. Die Altenpflegeausbildung ist in Bayern rückläufig, obwohl der Bedarf steigt, weil mangels ausreichender Finanzierung nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und die Staatsregierung sich weigert, eine Umlagefinanzierung durch Gesetz zu regeln.
7. Durch einen Vorstoß in der Landespflegekonferenz versucht die Staatsregierung die Fachkraftquote auszuhöhlen.

C. Forderungen der SPD-Landtagsfraktion für ein Bayerische Heimgesetz

1. Wir wollen ein innovatives Gesetz schaffen, in dem nicht das "Heim" im Mittelpunkt ordnungspolitischer Regelungen steht, sondern der pflegebedürftige Mensch oder der Mensch mit Behinderungen, sofern er ein besonderes Schutzbedürfnis hat und nicht in der Lage ist, selbstständig zu entscheiden und zu handeln.
2. Neben den stationären Einrichtungen haben sich mittlerweile eine Vielzahl von Versorgungsformen herausgebildet - von der ambulanten Betreuung bis hin zur Senioren-WG. Diese sollen vom neuen Recht weitgehend unberührt bleiben, soweit die freie Wählbarkeit entgeltlicher Leistungen wie Wohnen, Betreuung und Verpflegung gewährleistet ist und nicht der Schutzbedarf überwiegt.
3. Wir wollen die Rechte der schutzbedürftigen Menschen insbesondere auf Information, Transparenz bei der Qualitätssicherung und bei Entgelterhöhungen stärken.
4. Die Kontrollen der Heimaufsicht müssen auch in Zukunft unangemeldet und nicht nur anlassbezogen durchgeführt werden. Sanktionen bei Verstößen müssen verschärft, konsequent durchgesetzt und transparenter gemacht werden. Die Aussetzung von Heimkon-

trollen lehnen wir ab, weil dadurch der Schutz von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderung gemindert wird. Ohne Kontrollen keine Qualität.

5. Die Heimaufsicht muss unabhängig und mit pflegeerfahrenen Fachkräften handeln können. Die derzeitige Zuordnung der Heimaufsicht bei den Landratsämtern lehnen wir ab, weil bei diesen auf Grund personeller oder institutioneller Verflechtungen ein Interessenkonflikt besteht.
6. Die Fachkraftquote mit mindestens 50 Prozent und damit eine qualitätsbezogene Versorgung muss gewährleistet bleiben. Eine stärkere Ausdifferenzierung entsprechend den Bewohnerstrukturen ist allerdings notwendig. Menschen mit Behinderung oder pflegebedürftige Menschen benötigen je nach Bedürftigkeit (z.B. somatisch oder psychiatrisch) unterschiedliche fachspezifische Angebote und Hilfen.
7. Die baulichen Mindestanforderungen an stationäre Pflegeeinrichtungen dürfen nicht absenkt werden, sondern müssen in ein fachliches Konzept eingebunden und sich an den veränderten Bedürfnissen der Bewohner orientieren.
8. Zwischen Heimaufsicht, MdK und anderen Prüfinstanzen muss eine deutliche Aufgabenabgrenzung und bessere Koordination erfolgen.
9. Ein neues Ordnungsrecht für pflegebedürftige und/oder behinderte Menschen mit einem besonderen Schutzbedürfnis macht nur Sinn, wenn die Rahmenbedingungen für die Pflege in Bayern verbessert werden.
10. Das bedeutet: Es muss ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot ambulanter und stationärer Versorgung in der planerischen und finanziellen Letztverantwortung des Freistaats Bayern und der Kommunen vorgehalten werden. Die Einstellung der Investitionsförderung durch den Freistaat Bayern muss rückgängig gemacht werden.

Die Ausbildung von Pflegekräften in Bayern muss durch eine gerechtere Finanzierung und Beteiligung der nicht ausbildenden Einrichtungen sichergestellt werden.



Vorsitzender:
 Christofer Zwanzig
 Telefon: 4003764
 e-Mail: Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Anger

Liebe GenossInnen,
 wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 18. Juli 2007 um 20.00 Uhr im Angerwirt (Guh- mannstr. 10)

Der Distriktsvorstand trifft sich bereits
 um 19.30 Uhr.

Vorschlag für die Tagesordnung

1. Aktuelles und Berichte
2. Kommunalwahl 2008
3. Gespräch mit Isabel Klein vom BIG-Projektbüro
4. Projekt Mitgliederwerbung
5. Sonstiges

Für den Distriktsvorstand mit solidarischen
 Grüßen
 Sandra Radue und Christofer Zwanzig

Terminvorschau 2007:

- 19.9., Mitgliederversammlung zum Thema Integration
- 17.10., Beschlussfassung über das kommunalpolitische Stadtteilprogramm
- 7.11., Mitgliederversammlung
- 5.12., Gemütlicher Jahresausklang

Weitere Termine im Juli am Anger:

- Sa, 07.07. ab 17.00 Uhr, Villa-Park: Sommer Scheuchen Spektakel. Musik und Tanz mit Älabätsch, Vogelscheuchen und Strohpuppen bauen, Fränkischen Spezialitäten, Feuershow
- Sa, 28.07. ab 17.00 Uhr, Villa-Park Italienischer Abend mit der Gruppo Folkloristico Gazzara (aus Citta di Caltavuturo/Sizilien), gegrillter Saliscia, hausgemachten Antipasti und anderen italienischen Spezialitäten zum 10jährigen Bestehen des Italienisch-Deutschen Verein Erlangen e.V.
- Di, 24.07., 19.00 Uhr, Bürgertreff Isarstraße: Stark Im Glauben, Diskussionsrunde der Religionsgemeinschaften in Erlangen

Dechsendorf



Liebe Genossinnen und Genossen,
 wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 3. Juli, um 20:00 Uhr im Gasthof Rangau

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Aktuelles und Berichte
2. Kommunalwahl 2008
3. Präsentation Sommerfest
4. Verschiedenes

Für den Vorstand
 Wolfgang Schwerna

Vorsitzende:
 Heike Fischer
 Telefon: 09135-6269

Eltersdorf



Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
e-Mail: manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 17. Juli
um 20:00 Uhr
im Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden



Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
e-Mail: dohmstreich@nefkom.net

Frauenaurach

**Einladung zu unserer näch-
sten Distriktversammlung
am Dienstag, den 17.7. um
20 Uhr im AWO-Raum.**

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Bericht aus den Ortsbeiräten
3. Bericht aus dem Stadtrat
4. Kommunalwahlkampf
5. Verschiedenes

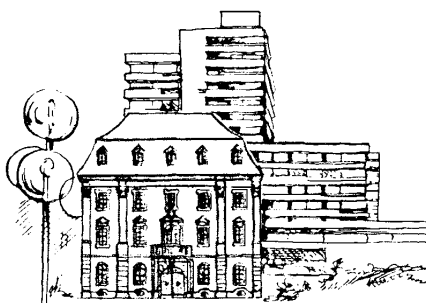
Einladungen zu unseren nächsten Ter- minen:

- 11.8. 18:00 Uhr Sommerfest bei Gi-
sela
- 11.9. Distriktversammlung

**Protokoll der Distriktver-
sammlung am 19.6.07**

Der Distrikt hat unsere Oberbürgermei-
sterkandidatin Ursula Lanig eingeladen
und hat sie über ihre Schwerpunkte inter-
viewt. Aus der Mitte der Distriktmitglieder
gab es noch einige Anregungen, insbe-
sondere hochwasserfreie Radwege,
ÖPNV und Freizeitanlagen.

Protokoll
Gabi Dorn-Dohmstreich



Vorsitzende:
Barbara Pfister
Telefon: 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Unsere nächste Mitgliederversammlung
findet statt

**am Dienstag, 10. Juli,
20 Uhr
im „Orpheus“ (Deutsches
Haus), Luitpoldstr.25.**

Wir werden an diesem Abend über den
Listenvorschlag für die Stadtratswahlen
berichten und darüber diskutieren. Außer-
dem wollen wir die Diskussion über das
Grundsatzprogramm fortsetzen und uns die
frauen- und gleichstellungspolitischen For-
derungen im Programmentwurf ansehen.

Für den Vorstand
Barbara Pfister

**Protokoll der Distriktver-
sammlung vom 12.06.**

TOP 1: Aktuelles: Barbara berichtet aus der Fraktion

- Frage von Helmut Pfister: Es gab eine
Spende über 50.000 an den Förder-
verein San Carlos, die anscheinend
vom OB ausgegeben werden will, ob-
wohl das Geld ehrenamtlich aus der
Bürgerschaft gesammelt wurde. Die
Stadt hat für die Partnerschaft nur
5.000 eingestellt.

Die Versammlung verabschiedet eine
Aufforderung an die Fraktion, dafür zu
sorgen, dass die Spende umgehend an
den Förderverein übergeben wird und

die Stadt die schon zugesagten Mittel nicht abzieht

- Da Ursula noch einen anderen Termin wahrnehmen wird und die Versammlung erst später besuchen kann, wird die Diskussion über die Programmdebatte vorgezogen.

TOP 3 Programmdebatte

- Helmut Pfister stellt das Thema „Programmdebatte“ vor und referiert zu Beginn über die Hintergründe der Programmdebatte. Danach stellte er die aktuelle Situation vor:
 - Der sogenannte „Bremer Entwurf“, der als neues Grundsatzprogramm der SPD verabschiedet werden soll, wurde vom SPD Vorstand vorgeschlagen und sollte per Fragebogen von allen Mitgliedern mitgestaltet werden.
 - Dieses Vorhaben hat sich allerdings als nicht praktikabel erwiesen, da aus verschiedenen Landesverbänden, und lokalen Untergliederungen erhebliche Kritik am Programmvorschlag geäußert wurde und umfangreiche Änderungen diskutiert werden. Diese Widerstände machen deutlich, dass die SPD diskussionsfreudig und nicht stromlinienförmig ist und ein Grundsatzprogramm durchaus lebhaft mitgestalten will
 - Zu dieser Diskussion wurden 2005 in Franken sogenannte „Essentials“ zum „Bremer Entwurf“ formuliert und es wurde ein AK gegründet, der einen Vergleich zwischen dem „Berliner Programm“ von 1989 und dem vorgelegten „Bremer Entwurf“ zum Inhalt hat. (Der AK ist in verschiedene AGs aufgeteilt, die die unterschiedlichen Politikfelder und Themen beleuchten. Helmut ist Mitglied in der AG zum Thema „Arbeit, Wirtschaft und Soziales“)
 - Zugespitzt wird der „Bremer Entwurf“ von diesem AK als „zu unkonkret“ und „zu oberflächlich“ und „ohne erkennbare Ziele“ kritisiert.
 - Der AK hat nun einen Antrag formuliert, der folgende Punkte enthält:

- ◆ Vieles, was im „Berliner Programm“ steht, wird im „Bremer Entwurf“ einfach raus gelassen. Bestimmte Teile kommen nicht vor, B. eine Definition des viel beschworenen Begriffs der „Globalisierung“
- ◆ Es wurden begriffliche Veränderungen vorgenommen, die eigentlich unnötig waren: Z. B. „soziale Demokratie“, „wirtschaftliche Demokratie“ oder „vorsorgender Sozialstaat“
- ◆ Die Artikel 1-3 des Bremer Programms sollten ersatzlos gestrichen werden
- Andreas und Helmut A. Fordern, eine detaillierte Version des Änderungsantrags des AK's im MS zu veröffentlichen. Allerdings wird von Walter und Barbara auf den Umfang dieses Antrags hingewiesen und eine Durchführbarkeit bezweifelt und es wird vorgeschlagen, den Antrag im Parteibüro auszulegen und auf der Homepage als Download anzubieten.
- Barbara schlägt vor, den sehr verzerrten Gleichstellungsteil des „Bremer Entwurfs“ auf der nächsten Distriktsitzung zu diskutieren
- Walter macht in dem „Bremer Entwurf“ den Paradigmenwechsel in der Sozialstaatsdiskussion aus und führt weiter aus, dass ein solcher „Bremer Entwurf“ ohne Not gemacht wurde, dabei vorherige Grundsatzprogramme völlig außer Acht gelassen wurden und dass es notwendig ist, viele Teile des „Berliner Programms“ auch weiterhin im SPD Grundsatzprogramm verankert zu sehen.
- Die Versammlung stimmt in der Diskussion überein, dass der „Bremer Entwurf“ gründlich misslungen ist und erhebliche Nacharbeit erfordert, möchte man sozialdemokratische Positionen auch in Zukunft noch im Programm sehen
- Helmut Pfister schließt die Diskussion mit dem Hinweis ab, dass der Antrag von der Bezirksversammlung beschlossen wurde und an den Landes- und Bundesparteitag geschickt hat.

- Barbara dankt Helmut für den ausführlichen Bericht und der Versammlung für die lebhafte Diskussion.

TOP 4: Verschiedenes

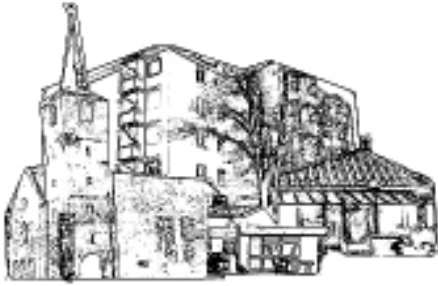
- Es gibt einen Umtrunk auf Johannes Staedtke, der heute Geburtstag hat, aber leider nicht teilnehmen kann
- Nachträglich wird Walter zum Geburtstag gratuliert
- Die Wahl von Ursula zur OB-Kandidatin der SPD findet am 29.06.07 im Bürgerhaus statt.

TOP 5: Besuch von Ursula Lanig, designierte OB Kandidatin

- Ursula entschuldigt sich für Ihre Verspätung und stellt dann kurz ihr Programm für den Wahlkampf vor:
 - Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen.
 - Investitionen in ÖPNV, GEWOBAU und andere öffentliche Institutionen.
 - Speziell Innenstadt: Verkehrsberuhigung der Hauptstraße bis Martin-Luther-Platz (Mediationsverfahren); Auffahrt Dechsendorfer Damm auf A73; Kosbacher Damm 3spurig (früh 2 rein, abends 2 raus).
 - Stärkung von Bezirksausschüssen und Ortsbeiräten
 - Erhaltungsaufwand von öffentlichen Gebäuden ist zu hoch, Sanierung nötig
 - Dialog der Generationen
 - Im Bildungsbereich: Errichtung von Ganztagschulen
 - Mehr Bürgerbeteiligung: Sorgen Ernst nehmen und Vorschläge umsetzen
 - Ein Ende der Hinterzimmerpolitik
- Während der Vorstellung finden immer wieder interessante Diskussionen statt, die Ursula die Chance geben, ihre Standpunkte klar zu machen.
- Am Ende der Diskussion dankt Barbara Ursula für Ihr Kommen und freut sich, dass Ursula sich so engagiert für Innenstadt Themen einsetzen will

Johannes Görg, Schriftführer

Ost



Vorsitzender:
Jochen Kraft
Telefon: 6146287
e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktversammlung
am Dienstag, den
17.07.2007 , 20.00 Uhr
in der Waldschänke, Lan-
ge Zeile 104**

Im August findet wegen der Sommer-
pause keine Sitzung statt.

dares Abspeisen von solchen Anfragen kein
angemessener Umgang mit besorgten Bür-
gerinnen und Bürgern, die einen Anspruch
darauf haben mit ihren Sorgen, Wünschen
und Nöten ernst genommen zu werden.

Busse

Nach jetzigem Stand werden die Linien
284 und 294 getauscht, so daß der 294er
dann durch die Röthelheimallee fährt.
Während des Schulverkehrs wird durch die
Linie 294 die Drausnickstraße bedient.
Haltestellen sollen in der Allee auf Höhe der
Paul-Gordonstraße und in der Kurt-Schu-
macher-Straße errichtet werden. Nach uns-
rer Auffassung würde eine Haltestelle in der
Kurt-Schumacher-Straße allerdings zu er-
heblichen Behinderungen führen.

Wir diskutieren länger über die Halte-
stelle an der Markuskirche Richtung In-
nenstadt. Diese müßte, nach der Umstel-
lung der Linienführung versetzt werden.
Es wurden verschiedene Möglichkeiten
genannt, allerdings konnten wir noch kei-
nen idealen Standpunkt finden.

Radweg Drausnickstraße

Angeblieh fehlt der Stadt momentan das
Geld um den Radweg entlang der Draus-
nickstraße zu sanieren. Wir müssen damit
rechnen, daß die Sanierung erst in 2-3 Jah-
ren angegangen wird, falls überhaupt et-
was geschieht. Als problematisch sehen wir,
daß bei einer Sanierung eventuell die Bäu-
me entlang der Straße entfernt werden
müßten. Jochen schlägt in diesem Zusam-
menhang vor die Führung des Radweges
auf die andere Seite der Bäume in Rich-
tung Häuserfassaden zu verlegen, da der
Platz dort durchaus ausreichend ist.

**Protokollarischer Bericht zum Thema Verkehr aus der
Sitzung vom 22.Mai mit Felizitas Traub-Eichhorn**

Sachstand Südumgehung

Der negative Ausgang des Bürgerent-
scheid vom 20.05. in Uttenreuth war ab-
sehbar. Ziel der Initiatoren war es aller-
dings in erster Linie deutlich zu machen
das eben nicht eine „überwältigende
Mehrheit“ der Uttenreuther für die Süd-
umgehung ist. Das ist mit diesem Ergeb-
nis (42,48 Prozent gegen die Südumge-
hung) gelungen. Insgesamt wurden über
12.000 Einwendungen eingereicht. Das
zeigt wie erfolgreich die BI und die SPD
hier gearbeitet haben. Nach unserer Ein-
schätzung ist die Position der CSU in Er-
langen zu dieser Frage wackelig und mit
Blick auf die Kommunalwahl vom gefühl-
ten Stimmungsbarometer abhängig.

Zeit sind in der Röthelheimallee und in der
Artilleriestraße zwei geleaste Ampelan-
lagen provisorisch installiert. Sie sollen zur
Sicherheit der Schüler auf ihrem Schul-
weg beitragen. Wir setzen uns dafür ein
daß diese Ampeln fest installiert werden
und tragen damit den Wünschen und
Sorgen aus der Bevölkerung Rechnung.

Schulweg zur Michael-Poeschke Schule

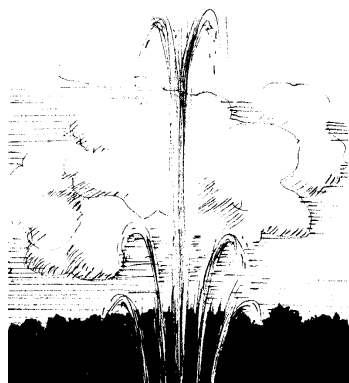
Auf der letzten Bürgerversammlung
wurde durch eine besorgte Mutter darauf
hingewiesen, daß viele Schüler den Sil-
bergrasweg als Schulweg nutzen und die
Beleuchtung und im Winter die Räumung
des Weges gefordert. Ihr wurde lediglich
geantwortet, daß es sich bei dem Silber-
grasweg nicht um einen offiziell ausge-
wiesenen Schulweg handelt.

Nach eingehender Diskussion kommen
wir zu dem Ergebnis, daß Räumung und
Beleuchtung auf diesem Naturweg nicht
möglich sind. Dennoch ist ein derart lapi-

Ampelanlagen

Es ist davon auszugehen, daß die
Ampel an der Kreuzung Handelshof /
Röthelheimallee / Doris-Ruppensteinstra-
ße bis September installiert sein wird. Zur

Süd



Vorsitzende:
Brigitte Rohr
Telefon: 4000974

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch recht herzlich ein zu
unserer nächsten

**Distriktversammlung am
18.07.2007, 20 Uhr
im Biergarten Röthelheim**

Tagesordnung:

1. Aktuelles und Berichte
2. Kommunalwahl 2008
3. Themenwahl für die Distriktsbegehung
mit unserer OB-Kandidatin Ursula La-
nig (Termin wird bekannt gegeben)
4. Besprechung über die Gestaltung ei-
ner "Distrikts-Zeitung"
5. Verschiedenes

Für den Vorstand,
Brigitte Rohr

Tennenlohe



Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten Distriktversammlung

**am Dienstag, 10.07.06,
20:00 Uhr,
Sportgaststätte „Zur
Wied“ (!!)**

Tagesordnung:

1. Besuch von Herrn Pastowski (Erlanger Polizei). Informationen über Situation in Tennenlohe (Friedhof, LKW-Parksituation etc.)
2. Aktuelles, Berichte
3. Planung des Spielplatzfestes am 27.07.
4. Verschiedenes

Weitere Termine:

- Spielplatzfest am 27.07.07: Beginn 16.00 Uhr (Aufbau: 15.00 Uhr)
- Kerwa: 17.08.07, 17.00 Uhr Kerwaeröffnung mit Bieranstich (Zelt)
- 17.08.07, 18.00 Uhr: Eröffnung der Fiesta de Arte (Wiese)
- 18.08.07, 17.00 Uhr Aufstellen des Kerwabaumes
- 11.09., 20.00 Uhr Distriktversammlung in der Schlossgaststätte

Statt eines Protokolls: Wir hatten zweimal, d.h. im Mai (15.05.) und im Juni (12.06.) auf unseren Distriktversammlungen Anlass gehabt zum Feiern (jeweils 60. Geburtstage) und haben unsere Versammlungen entsprechend umfunktioniert.

Für den Vorstand
RolfSchowalter

West



Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
e-mail: gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch herzlich zu unserer
nächsten Distriktversammlung einladen.
Sie findet statt am

**Mittwoch, 18. Juli, um
20.00 bei Gütlein (Gast-
hof Zur Einkehr).**

Nachdem wir am 20.6. eine gute und interessante Diskussion mit unserer designierten OB-Kandidatin hatten, wollen wir bei dieser Sitzung unsere inhaltlichen West-Eckpunkte für den Wahlkampf festlegen. Hierzu möchten wir alle GenossInnen auffordern, ihre Vorschläge möglichst vorab mitzuteilen, damit für diese Sitzung schon eine Beratungsunterlage angefertigt werden kann (über E-Mail oder Post an mich – Würzburger Ring 39) . Über

unseren Mail-Verteiler werden wir in den nächsten Tagen bereits eine Stichwortliste, die im Rahmen einer Vorstandssitzung entstand, verteilen. Gleiches gilt auch für die entstehende Diskussionsunterlage. Wer noch nicht in unserer Mailing-Liste ist möge sich melden: gerd.peters-er@t-online.de . Hieraus ergibt sich folgende Tagesordnung:

1. Berichte aus Kreisvorstand, Fraktion und Ortsbeirat
2. Diskussion über unsere zentralen kommunalpolitischen Eckpunkte und Beschlussfassung
3. Anregungen für den Vorwahlkampf der Kommunalwahl
4. Verschiedenes

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters



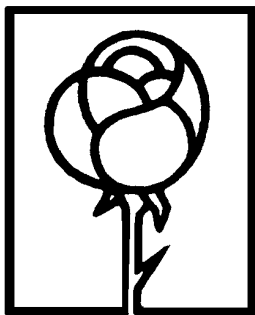
Vorsitzende:

Helga Steeger
Telefon: 47866
e-Mail: helga.c.steeger@t-online.de

Liebe Genossin, lieber Genosse,
nach langer Vorbereitung war die Fas-
sung unseres Antrages zur Reform der
Pflegeversicherung fertig, da gab es eine
Koalitionsabsprache die berücksichtigt
werden musste. Auf Seite 6 findet ihr den
Antrag, über den in der KVM im Juli ab-
gestimmt wird.

Als AG 60 plus werden wir am 29.
Juli beim Sommerfest im Röthelheimpark
teilnehmen und hoffen, dort mit vielen
60plus-Männern und Frauen in's Ge-
spräch zu kommen.

Für den Vorstand und mit herzlichem Gruß
Helga Steeger



ASF

Frauen-Brunch

Wir laden ein zum gemeinsamen Frauen-
brunch der AsF und der Jusos Erlangen

**am 8. Juli 2007
um 10:30 Uhr im Frauen-
zentrum (Gerberei 4) .**

Diesmal ist unser Thema „Erlangen –
offen aus Tradition“ und haben Migran-
tinnen eingeladen, um mit ihnen darüber
zu diskutieren.

Wir würden uns freuen, wenn Ihr des-
halb zum gemeinsamen Frauenbrunch
des AsF und der Jusos kommen würdet.

Einladung zum AsF-Som- merfest am 13.7., 19.00 Uhr

Liebe Frauen,
bringt bitte alle etwas zum Essen und gute
Laune mit. Für das Trinken ist gesorgt.

Ort: Petra-Maria Schreiber-Dach
Schillerstr. 15

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächsten Termine sind:

- Sonntag, 08.7.: Frauenbrunch ge-
meinsam mit der AsF (siehe oben)
- Dienstag, 10.7., 20 Uhr: Juso-Sit-
zung, August-Bebel-Haus
- Dienstag, 24.7., 20 Uhr: Juso-Sit-
zung, August-Bebel Haus.

Am SPD-Sommerfest am 29.7. über-
nehmen wir den Cocktailstand.

Sozialistische Grüße
Michelle

Protokoll der AsF-Sitzung am 13.6.07

Jule berichtet über G8, insbesondere
auch G8 und Frauen. Die meisten Projek-
te benachteiligen Frauen weiterhin ekla-
tant. Frauen brauchen Mikrokredite und
vor allem Zugang zu Bildung.

Im zweiten Teil der Sitzung bereiten wir
unseren Wahlkampf weiter vor.

- Unsere Broschüre
- Zentrale Informationen der Bundes-
AsF

Unseren nächste AsF-Sitzung findet
statt am Mittwoch, den 4. Juli um 20 Uhr
im August-Bebel-Haus mit dem Thema
Wahlkampf. Vorher treffen wir uns um
19:00 Uhr, um an der Broschüre weiter-
zuarbeiten.

Terminvorschau: 12.9.07 AsF-Sitzung

Protokollführung
Gabi Dorn-Dohmstreich

Protokoll der Jusos-Sitzung vom 13.06.07

TOP 1: Frauen in der NPD

Michelle berichtet. Den entsprechenden
Link zu einem Bericht des zpb schickt sie
an den Verteiler

50% der NPD-Zugänge sind Frauen.
Am häufigsten ist der Grund für den Ein-
tritt der Partner. Sie kümmern sich um die
Hintergrundarbeit, Orga etc. und dem
NPD-Sanitätsdienst „Braunes Kreuz“.



Vorsitzende:

Michelle Starck
Telefon: 0160-1114780
e-Mail: mitch_ave@yahoo.de

Ihre Hauptaufgabe ist, das sehen auch sie so, die Fortpflanzung. Trotzdem haben sie teilweise relativ hohe Posten in der Partei inne. Die Männer akzeptieren das wohl aus Imagegründen. Mittlerweile hat sich ein Zusammenschluss nationalsozialistisch orientierter Frauen, unabhängig von Parteimitgliedschaften gebildet; der „Ring nationaler Frauen“

Diskussion über die Gründe der Veränderung: NPD stellt sich als „Schutzmacht der deutschen Frau“ dar; die Frauen gehen mit dem Frau-sein pragmatisch und nicht ideologisch um; NPD versucht in die Mitte der Gesellschaft zu gelangen und das gelingt ihr leider auch immer besser.

TOP 2: Berichte

- Floh berichtet aus dem Stadtrat: Ein Antrag zum Mindestlohn in Erlangen (7,50Euro/h) wurde in den Stadtrat eingebracht, der Beschluss steht noch aus. Die Einhaltung dieses Mindestlohnes soll zulässigerweise zur Voraussetzung für die Vergabe von städtischen Aufträgen gemacht werden und insbes. durch die Stadt und ihre Tochterfirmen selbst erfolgen.
- Nominierungsveranstaltung am 29.7. um 19h im Gemeindehaus Bohlenplatz
- 5.7. 18h Ideenbörse zum Wahlkampf vor der KV-Sitzung
- 12.7. KV-Abstimmung über die Liste
- 21.7. KMV mit Listenbeschluss; Jedes SPD-Mitglied ab 18 Jahre, das seit mind. 6 Monaten seinen Erstwohnsitz in Erlangen hat ist abstimmungsberechtigt. Es werden Fotos von den Kandidaten gemacht
- Heribert Prantl (SZ-Journalist) ist im Dezember auf einer Erlanger SPD-Veranstaltung mit Wolfgang Vogel
- IG-Bau wird in Niedersachsen und Schleswig-Holstein streiken und von Nbg. aus einen Bus organisieren

TOP 3: Verfassungsschutzbericht/Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht

Politisch durch den Innenminister des Bundes geprägt; v.a. jetzt durch Schäuble.

Es wird unterscheiden zwischen politisch motivierter Kriminalität/rechts (einfache und Gewaltkriminalität, darunter auch rechtsextreme Taten) und politisch motivierter Kriminalität/links und der sog. politisch motivierten „Ausländerkriminalität“ (darunter auch Kriminalität mit extremistischem Hintergrund)

Letztere sank von insgesamt 644 Taten 2005 auf 477, 2006. Allerdings stiegen

die Gewaltdelikte v.a. im Bereich der Körperverletzung auf das doppelte an, von 47, 2005 auf 95, 2006. Die Zahl terroristischer Straftaten sank. Zu beachten ist, dass seit 2002 auch Taten gem. § 129b StGB (Bildung, Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung etc.) ausländischer Organisationen, die über keine selbständige Teilorganisation in Deutschland verfügen, erfasst werden, wenn die Taten einen „spezifischen Inlandsbezug“ haben, d.h.: ein Tatverdächtiger handelt in Deutschland, Täter oder Opfer sind Deutsche. Somit musste die Statistik in diesem Bereich ansteigen.

Die Zahl „politisch motivierter Kriminalität – links“ stieg von insgesamt 2.305 (2005) auf 2.369 (2006) leicht an. Dies hängt vor allem mit internationalen Gipfeltreffen und der starken Zunahme rechter Demonstrationen zusammen.

Am meisten zugenommen hat eindeutig die „politisch motivierte Kriminalität/rechts“ (auch wenn das von Herrn Schäuble leider verschwiegen und alles anders dargestellt wurde) von insgesamt 15.361 Straftaten 2005 auf 17.597 im Jahre 2006. Dabei stieg die Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten von 355 (2005) auf 484 (2006), die Zahl rechtsextremer Gewalttaten von 816 (2005) auf 919 (2006) an.

Vor allem im Bereich der Propagandadelikte ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen (10.881 2005 zu 12.627 2006). Dies hat damit zu tun, dass die rechte Szene immeraktiver wird. 2005 stieg die Zahl rechtsextremistischer Organisationen und Personenzusammenschlüsse leicht an. Die Zahl der Rechtsextremisten und Neonazis (03-05 von 3000 auf 4100) stieg 2005 wieder an. Die Szene sammelt sich zunehmend in freien Kameradschaften. Die NPD verzeichnet einen Mitgliederzuwachs von 5300 (2005) auf 6000 (2006). Dies liegt v.a. daran, dass sie zum Kristallisationspunkt der Einigungsversuche des rechtsextremistischen Lagers geworden ist.

Speziell die Zahl rechtsextremistischer Skinheads, die die meisten spontanen Gewalttaten verüben, stieg deutlich an von 10.000 (2004) auf 10.400 (2005). Auch eine deutliche Zunahme rechtsextremistischer Bands und Konzerte ist zu verzeichnen.

Der stärkste Anstieg ist bei den rechten Demos zu verzeichnen („legalistische Strategie“) Fanden 1997 noch 25 rechte Aufmärsche mit über 50 Personen statt waren es im Jahre 2005 schon 102. 1997 lag die Teilnehmerzahl bei 9000, 2004 schon ca. bei 28000. Auch im Internet wird die rechte Szene immer aktiver.

Am absurdesten scheint der Anstieg der Versuche internationaler Vernetzungen der

rechtsextremen Szene. So verwenden immer mehr ausländische Vereinigungen und Personen Deutschland als Plattform zur Verbreitung von Propagandamaterial und es bildeten sich Skinheadorganisationen mit internationaler Ausrichtung mit dem Ziel der Etablierung einer internationalen rassistischen Bewegung.

Es ist ein Rückzug der Skinheadszenen und der gewaltbereiten Rechtsextremisten in den privaten Bereich zu beobachten, während die Neonazis und die rechtsextremistischen Parteien immer mehr Präsenz in der Öffentlichkeit zeigen und in die „Mitte der Gesellschaft“ v.a. mit Globalisierungskritik, Kritik der USA und „pseudosozialen“ Themen drängen.

Ein Skandal, dass ein deutscher Innenminister solche krassen gefährlichen Entwicklungen nicht schockiert, kritisch und warnend in der Öffentlichkeit zur Sprache bringt sondern die Fremdenfeindlichkeit durch eine verzerrte übertriebene Darstellung der angeblich drohenden Gefahr extremistischer und terroristischer „Ausländerkriminalität“ zusätzlich schürt.

Es entsteht eine kritische Diskussion über das staatliche und polizeiliche Vorgehen in Heiligendamm und die einseitige Presseberichterstattung

TOP 4: Neue Jusotermine

10.07.; 24.07.; Sommerpause; 04.09

TOP 5: Sommerfest Orga:

Michelle fragt nach ob wir den Apfelsaft und die Kühlschränke von Kitzmann bekommen könnten und bringt Putzzeug, Messer, Bretter, Küchenrolle etc. mit

Birgit besorgt Strohhalme und Gläser. Andreas und Gunnar sollen bitte das crushed ice vom Schlachthof holen. 2 Beutel wie letztes Jahr und es wäre toll, wenn wir das Eis dann wieder bei Andreas Mutter lagern könnten. Elena kümmert sich um die Limetten, Barzeugs und Messer. Moni kauft 2 Flaschen Pitú und 4 mal braunen Zucker

Abstimmung für was die Einnahmen gespendet werden sollen:

- Jugendhaus am Bahnhof: 1 Stimme
- San Carlos: 1 Stimme
- Frauenhaus: 5 Stimmen

Es wird sich darauf geeinigt das Geld nicht für den Wahlkampf zu spenden

Das Frauenhaus veranstaltet eine Tombola um Geld für den geplanten Hausbau zu sammeln. Attraktive Gewinne können bis Montag Abend als Spende im ABH abgegeben werden

Elena Geck



SPD- Rathaustelegramm

Nummer 6/2007

S. 1

Wir stellen vor: Unser Team im Fraktionsbüro



Saskia Coerlin, seit 15. Mai
unsere neue **Geschäftsführerin**
Öffnungszeiten unseres Büros:
Montag bis Donnerstag, 9-12 Uhr



Gary Cunningham,
studentischer Mitarbeiter,
seit Herbst 2006 zuständig für
Rathaustelegramm und Homepage

Wagensonner-Kunst: SPD wünscht sich Bleibendes aus dem Umweltjahr

Anlässlich des Umweltjahres unter dem Motto „natürlich Erlangen“ fand in den vergangenen Monaten an fünf verschiedenen Orten – unter anderem im Rathaus – die Ausstellung „Lebensbäume – Lebensräume“ mit Objekten des Künstlers Peter Wagensonner statt, die bei den BesucherInnen große Resonanz gefunden hat. Gerade die Verbindung von Natur und Kunst macht diese Objekte sehr eindrucksvoll. „Viele Programmpunkte des Umweltjahres sind naturgemäß vergänglich“, resümiert die kulturpolitische Sprecherin Ursula Lanig, „mit Wagensonners Kunstwerken hätten wir etwas Bleibendes“. Deswegen macht sich die SPD-Fraktion mit einem Antrag dafür stark, dass die Stadt Erlangen entweder ein Großobjekt oder einige Kleinobjekte aus der Ausstellung Peter Wagensonners aufkauft und diese in geeigneten öffentlichen Räumen aufstellt.

Partnerstadt San Carlos: Stadt Erlangen muss politisches Versprechen einlösen

Dank des großzügigen Betrags, den eine anonyme Spenderin für San Carlos vor kurzem zur Verfügung gestellt hat, können in unserer nicaraguanische Partnerstadt wichtige Projekte schneller vorangebracht werden. Diese Geste ist nach Auffassung der SPD-Fraktion ein Erfolg und eine Bestätigung der Arbeit des Agenda-Beirats mit dem Schwerpunkt „Eine Welt – Erlangen – San Carlos“. Die große Spende darf aber nicht den Eindruck erwecken, für San Carlos wäre jetzt ausreichend gesorgt, und die Finanzmittel für die Partnerstadt könnten gekürzt werden. „Das Gegenteil ist der Fall“, so Stadtrat Jose Ortega, „in San Carlos ist man weiterhin auf Unterstützung angewiesen, unsere Stadt muss ihr politisches Versprechen einlösen“. Auch in diesem Jahr und in Zukunft ist es äußerst wichtig, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht und sich zur Unterstützung von San Carlos öffentlich bekennt, indem sie einen Beitrag zur Finanzierung von Projekten leistet. Deswegen hat die SPD-Fraktion jetzt einen Antrag gestellt mit dem Ziel, die Haushaltsmittel für San Carlos in 2007 baldmöglichst auf das Solidaritätskonto zu übertragen.

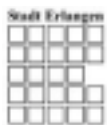
Die Kinderbeauftragte lädt zum Fest im und um das Rathaus: Die SPD-Fraktion ist aktiv dabei

Am Samstag, den 30.6., findet von 11 bis 16 Uhr im und vor dem Rathaus ein großes Kinder- und Familienfest statt, bei dem sich über 70 verschiedene Organisationen, Einrichtungen und Vereine vorstellen und zu unterschiedlichen Aktionen einladen. Auch das Foyer und der erste Stock des Rathauses sind geöffnet. Und auch die SPD-Fraktion lädt herzlich ein in ihr Büro. Das wird an diesem Samstag kurzerhand in eine Spiel-, Kuschel- und Lesecke für Kinder umfunktioniert. Klein und Groß können außerdem alles über Kinderrechte erfahren. Kindgerechtes, buntes Informationsmaterial steht zur Verfügung. Alle Besucherinnen und Besucher können sich bei Kaffee, Tee und Gebäck entspannen und dabei mit Stadträten und Stadträtinnen der SPD ins Gespräch kommen. Wir freuen uns auf zahlreichen Besuch.

SPD-Fraktion gratuliert Polizeichef Kallert zur Beförderung

Herzliche Glückwünsche hat dieser Tage Fraktionschefin Gisela Niclas an Polizeichef Kallert gesandt. „Wir freuen uns mit Ihnen über Ihre Beförderung“, schreibt sie. Weiter heißt es: „Wir sehen in Ihnen nicht nur einen Repräsentanten mit Augenmaß und Fingerspitzengefühl bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Sie sind für uns Kommunalpolitiker auch ein unverzichtbarer Mahner, wenn es darum geht, soziale und soziokulturelle Angebote und Einrichtungen für Jugendliche unbedingt zu erhalten und auszubauen. Ebenso wie Sie halten auch wir Sozialdemokraten eine breit gefächerte Jugendarbeit für die beste Sucht- und Gewaltprävention.“

Stadt-Logo: Musikwerkstatt beim Sonnwendfeuer des Stadtverbandes Erlanger Kulturvereine begeistert gefeiert



Große Begeisterung bei den vielen Gästen des Sonnwendfeuers des Stadtverbandes der Erlanger Kulturvereine: Der Chor „Musikwerkstatt“ präsentierte als Teil des abendlichen Kulturprogramms ihr Lied „Das Logo von Erlangen ist gut“. Sie spielten damit an auf die politische Auseinandersetzungen vor einigen Monaten, als der amtierende OB vergeblich versucht hatte, das populäre „Tafelmeier-Logo“ durch das traditionelle Stadtwappen zu ersetzen. Aber: Trotz eines eindeutigen Stadtratsbeschlusses wird das Logo im

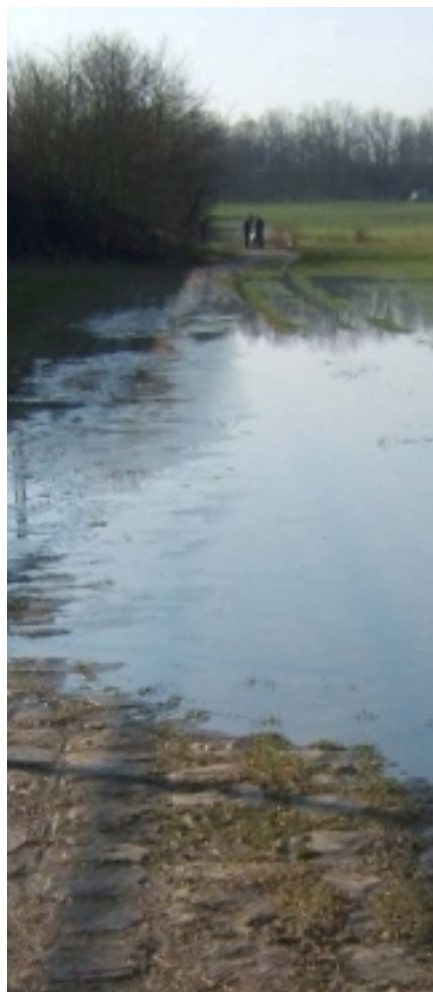


„offiziellen Erlangen“ nicht verwendet. Und solange das so ist, wird eben das Lied gesungen. Und das ist gut so!

Der Radweg des Monats: Die hochwassersichere Verbindung von Frauenaarach nach Bruck ist überfällig

„Diese Trasse, die wichtigste Verbindung vom Erlanger Südwesten nach Bruck und weiter in alle Richtungen, ist eine Schande für die Fahrradstadt Erlangen“, kritisiert die verkehrspolitische Sprecherin Felizitas Traub-Eichhorn. Die SPD-Fraktion fordert jetzt in einem Antrag, endlich mit der Planung für den längst überfälligen hochwassersicheren Radweg zu beginnen. Mit der bevorstehenden Generalsanierung der Regnitzbrücke in Bruck ist ohnehin dringender Handlungsbedarf gegeben. Hier besteht nach Auffassung des finanzpolitischen Sprechers der Fraktion, Florian Janik, die Möglichkeit, Geld zu sparen. Eine Behelfsquerung für RadfahrerInnen müsse wegen der starken Frequenz ohnehin gebaut werden. Stattdessen könne man die dafür erforderlichen Finanzmittel gleich in einen endgültigen hochwasserfreien Radweg weiter südlich des Herzogenaaracher Damms stecken.

Denn: Die starken Regenfälle der letzten Wochen und Monate setzen den RadlerInnen, die auf eine gute Verbindung zwischen Frauenaarach und Bruck und damit weiter in die Innenstadt usw. angewiesen sind, stark zu. Immer wieder stehen sie bei der Unterführung des Rhein-Main-Donau-Kanals ratlos oder wütend vor dem Verkehrsschild: Wegen Hochwasser gesperrt! Das heißt Überschwemmung in der Unterführung und lange danach noch schlammiger Untergrund, das heißt aber auch Überschwemmung oder tiefe Wasserlachen und Matsch auf dem ohnehin lieblos mit grobem, fahrradunfreundlichen Schotter belegten weiteren Weg durch den Wiesengrund Richtung Bruck. Wenn gerade mal kein Hochwasser ist, muss der tapfere Radler/die tapfere Radlerin am Ende dieser Wegstrecke dann eine hohe Treppe mit äußerst schmaler Blechrampe auf die Fernwärmebrücke erklimmen. Dann erst ist die Querung des Regnitzgrundes gelungen. Oder aber man versucht die Strecke über den Wiesengrund und über den Herzogenaaracher Damm. Auch da steht häufig das Hochwasser, oder der Weg ist infolgedessen völlig verschlammte. Ein unhaltbarer Zustand!



SPD-Fraktion will sicheres Dach für DLRG-Rettungsboot am Dechsendorfer Weiher

Die DLRG hält am Dechsendorfer Weiher ein hochwertiges Rettungsboot bereit, zu dessen Ausstattung u. a. eine Echoloteinrichtung zu Suchzwecken und ein Fahrzeug gehören. Beides ist für Rettung und Intensivtransport nicht nur für Dechsendorf und den Weiher vorgesehen, sondern wird auch „für den Fall des Falles“ als sogenannte Katastrophenschutzinheit in Mittelfranken für den Rhein-Main-Donau-Kanal, an Badegewässern und auf Flüssen benötigt und vorgehalten. Um die Einsatzbereitschaft kümmern sich verlässlich viele ehrenamtliche DLRGler. Es hapert aber gewaltig an einer sicheren und optimalen Unterstellmöglichkeit. Fahrzeug, Transportanhänger und Boot sind nicht nur getrennt abgestellt, sie sind auch vor der Witterung und dem Zugriff von Unbefugten nicht geschützt. „Hier ist Handlungsbedarf“, so SPD-Stadtrat Fred Milzarek, gleichzeitig Feuerwehrbeauftragter der SPD-Fraktion, „hochwertiges Rettungsgerät muss angemessen geschützt werden und trotzdem jederzeit sofort einsatzbereit sein. Alles Andere ist Geldverschwendung.“ Ebenso wie die DLRG hält es die SPD-Fraktion für notwendig, dass das Fahrzeug und der Transporter mit dem Boot aneinandergeschnürt untergestellt werden können, um ein möglichst schnelles Ausrücken im Notfall gewährleisten zu können. In einem Antrag wird daher die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, wie hier schnelle Abhilfe geschaffen werden kann.

Unsere weiteren Anträge:

- Atriumüberdachung im Albert-Schweitzer-Gymnasium
- Transparenz im „Konzern Stadt“
- Umsetzung des Haushaltsbeschlusses 2007

Um weitere Informationen zur Arbeit der SPD-Stadtratsfraktion zu erhalten, schauen Sie auch ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen die in den einzelnen Beiträgen genannten Anträge im Wortlaut per E-Mail zu.

Kontakt:

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon: 09131-862225
Fax: 09131-862181
Mail: spd@erlangen.de
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathaustelegamm wird erstellt durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Gary Cunningham



Sommerfest im Röthelheimpark

**auf der Wiese am
Martin-Luther-King-Weg**

**Sonntag, 29. Juli 2007
von 13.⁰⁰ – 17.⁰⁰ Uhr**

Programm:

14.⁰⁰ Uhr: Eröffnung

Robert Thaler

14.¹⁵ Uhr Begrüßung durch

unsere OB-Kandidatin

Ursula Lanig

Zur Unterhaltung spielen die

Andorffas

Und dazu:

Bratwurst und Bier,

Cocktails und Limo

Kaffee und Kuchen

Spiele für Kinder, Hüpfburg,

Luftballonstart, Foto-Buttons

Erlangen

SPD